

Verlag des Verlegers
Verlag des Verlegers
Verlag des Verlegers

Volkshlatt

Offizielles sozialdemokratisches Organ

Druckkosten
Druckkosten
Druckkosten

Die Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Dr. Ulrichstraße 17, Eingang Silbergasse.
Telegraphen-Adresse: Volksblatt Halle/Saale.

Nr. 134. Halle a. S., Sonnabend den 10. Juni 1893. 4. Jahrg.

Arbeiter! Parteigenossen! Agitiert unausgesetzt für Euren Kandidaten **Fritz Kunert**, Schriftsteller in Friedrichshagen bei Berlin. **Vergesst den Walfonds nicht!**

Politische Rundschau.

Die Gegner des allgemeinen Wahrschrittes sind immer unerbittlicher mit der Sprache heraus. In der Volksdruckerei von Berlin ist eine Broschüre erschienen, worin über das allgemeine Wahrschritt gefast wird.
Das allgemeine Wahrschritt soll und wird dem deutschen Volk sehr wohl und ganz erhalten bleiben; niemand wird an diesem einmal vererblichen und vererblichen Recht zu rütteln wagen. Anders dagegen steht es mit dem gleichen Wahrschritt! Dieser gleiche Wahrschritt ist die größte Ungerechtigkeit, die sich nur denken läßt, und es muß deshalb ein Wandel in dem gleichen althergebrachten Wahrschritt, zum Heile des Vaterlandes! Rechte und Pflichten der Staatsbürger müssen einander gegenüberüber gleich sein. Wir sind nicht ein gleicher Mensch, gleich eintreten. Wo keine Pflichten, da keine Rechte.
Es ist heute allgemüßig, schreibt die „Frankf. Ztg.“, was der Verfasser der Schrift an die Stelle des jüdischen Postens zu setzen wünscht, es soll nur an allen diesen Büchlein dargestellt werden, daß die Feinde des allgemeinen Wahrschritts jüdischer sind, als mancher Optimist glauben möchte, und daß sie eifrig an der Arbeit sind.

Ein gutes Vorzeichen für die Reichstagswahl. Bei den Stadtverordnetenwahlen in Freiburg i. B. wo wir bei der vorletzten Wahl 170 und die Gegner (Ultramontane und Liberalen) zusammen 1600 Stimmen bekommen hatten, erlangen wir diesmal eine Stimmenzahl von 600, während die Gegner nur 1100 bekamen. Ein Erfolg, der erhoffen läßt, daß bei der nächsten Wahl die Sozialdemokratie ins Rathaus einzieht.

In der von Herrn Dr. Alex. Meyer beschrifteten Reichstagskommission bemerkt das „Sächs. Vaterland“:
„Ohne uns auf den Wert oder Unwert des Deutschen Volkes näher einzulassen, haben wir ihn schon von vornherein bezeugen für unerschütterlich, weil er auf dem gewöhnlichen Prinzip beruht, daß die höchsten und höchsten Einkommen ungezügelter härter als bisher besteuert werden sollen; ein Ding, das durchzuführen die Kräfte der sämtlichen stärksten Männer der Welt, die seit des Herkules und des Atlas Zeiten existiert haben, nicht ausreichen würden.“
— Sehr richtig! Der Reichstag, welcher die Militärvorlage bewilligt, ist ein Bourgeoisrechtstag und die Bourgeoisie wird sich hüten, die entsetzlichen Lasten selbst zu übernehmen, vielmehr werden — wie ich nach einem kurzen Scheitern der Straußen — diese den wieder auf die Schultern der ärmlichen Bevölkerung abgewälzt werden.

Wieder einmal ist ein Führer der Postkassentenen-Bewegung gemordet worden. Postkassentenen-Dietrich in Schlichte bei Gerokura verstarb am 28. Mai

dieses Jahres ein Zirkular, das die Aufforderung enthielt, einen Bezirksverein des Verbandes deutscher Post- und Telegraphen-Affizienten zu bilden. Die konstituierende Versammlung sollte am 3. Juni in Stralsburg stattfinden. Aber der Mensch denkt und die Vorsehung leitet. Bereits am 1. Juni hatte Herr Dietrich seine Verletzung nach Altkirch, einem entlegenen Winkel des Gies, in der Laidie, die Folge war, daß die auf den 3. Juni anberaumte Versammlung und ebenso die Gründung des Vereins unterblieb. — Dabei verlangt man noch, daß die Postbeamten Patriotismus im Reibe haben sollen.

„Gelt freisinnig.“ Ohne ein Wort der Kritik bringt das „Hand. Fremdenbl.“ folgende Notiz zum Abdruck:
„Aus Stendern, 4. Juni. „Kühler“ Organisation sozialdemokratischer Agitatoren. Die letzten Buren sind für die sozialdemokratische Propaganda nicht zu haben. Dieser Tage kamen drei Sozialdemokraten hier ins Wirtshaus und suchten für ihren Kandidaten Stimmung zu machen. Die Bauern hörten auf ruhig zu, dann aber warfen sie sie zur Erde hinaus und als die „Kühler“ ihrer Liebeszeuger“ trug man wieder kamen und weiter agitierten wollten, wurden sie von den Bauern ergriffen und bis zum Hals in die Straußen gesteckt.
Kein Wort der Mißbilligung im Gegenteil, das „Fremdenblatt“ scheint sogar diesen Kampf mit geistigen Waffen gegenüber der Sozialdemokratie für selbstverständlich zu halten und sich über denselben zu amüsieren. Das ist in der That echt freisinnig!“

Die Kofaken kommen! lautet der Titel eines freikonservativen Flugblattes, das der Verlag der „Post“ verbreitet. Es heißt darin: „Witnen und betrunken, ohne Recht und Gesetz, denn dafür ist Krieg.“ Sie zerstören, verwüsten, rauben, betreten, was sie kriegen. Saure Häuser, Saure Acker, Saure Fab und Gut: alles dühnt! Und Lob oder Gewalttat ist Sauren Frauen und Töchtern gewiß, wenn sie den hohen Siegern nicht zu willen hab.“ Das Flugblatt schließt: „Wer also 1. März und 10. Wg. als durch die Kofaken in Rot und Elend und an den Wirtshaus gebracht werden!“ Da die ohrfeuchenden und potenzen Bauern auf diesen plumpen Schwindel wohl hereinfallen?

Anarchismus und Epithetum. Bei dem Anarchistenproph, der gegenwärtig vor dem Reichsgericht gegen den Bergmann Gasser und Genossen verhandelt wird, die angeblich unter den Bergleuten des Ruhrreviers anarchische Propaganda getrieben haben, spielt, wie jetzt bekannt wird, wieder ein „Kronzeuge“ eine Rolle. Das Urteil ist ein gewisser Schürmann aus Duisburg. Er verbreitete selbst die „Autonomie“, und als er eine Anzahl Briefe gesandt hatte, die ihm hierbei Hilfe leisteten, erging ein Urteil, das ihn in die Straußen gesteckt. Seine bedauerlichen Opfer werden voranschicklich in der „Post“ nachvollzogen.

Die Friedlichkeit der politischen Lage kam auch im Wädgetausch der österreichischen Delegation am vorigen Montag zur Sprache. Der Berichterstatter Dunba stellte mit Gerühmung den Frieden und unerschütterlichen Bestand des Mitteleuropäischen Friedensbundes, die freundschaftliche Gestaltung des Verhältnis zum Rußland, die entschiedene Friedensliebe keiner Monarchie, die eifrige Konsolidierung der Beziehungen in Serbien und Bulgarien fest, und beantragte, der Auspruch möge der vollsten Anerkennung für die Politik des Grafen Kalnoy und dem Vertrauen zu dem Minister durch seinen Beschluß Ausdruck geben. Der nächste Redner Lupul begrüßte die wachsende Freundschaftlichkeit der Beziehungen zu allen Staaten mit Freude als Vorbedingung einer eventuellen Abnahme der gewaltigen Rüstungen, deren weitere Kontinenz die allgemeine Abnutzung werden könnte. Lupul gab darauf dem Wunsch Ausdruck, daß Österreich-Ungarn sich den Ruß und das Verbleib der derzeitigen Kämpfe sicher mache, welche allerdings die Übereinstimmung aller Mächte zur Voraussetzung habe. Der Redner schloß mit der Frage, ob der gegenwärtige Zeitpunkt nicht geeignet wäre, die allgemeine Abnutzung in Ruhe zu lassen und einer allmählichen Restrukturierung zuzuführen. Minister Graf Kalnoy widerbot, daß die glücklichen Faktoren, welche er seit einigen Jahren progressiv habe hervorbringen können, sich ergeben und daß das Vertrauen in die Fortdauer der friedlichen Lage in Aufnahme begriffen sei. Minister führte Graf Kalnoy aus, daß die sogenannte allgemeine Abnutzung unter dem jüdischen Verhältnis nicht ersichtbar wäre. Er glaube aber, ein großer Fortschritt wäre schon erreicht, wenn allmählich ein Stillstand bewirkt werde. Graf Kalnoy betonte dann weiterhin die friedlichen Beziehungen zum Rußland. Das Vertrauen, daß die allein möglichen Rußlands den Frieden wollen, habe sich allmählich gefestigt. Auf die oft liberale Sprache der russischen Presse wachte er nicht zu viel; er behauptete auch ein solches geistiges Ton in betreff der Verhandlung der öffentlichen Meinung sei, so sei doch die Haltung der Presse in Rußland nicht entscheidend.
Auf Antrag Biner wurde schließlich dem Minister einstimmig das Vertrauen für seine erfolgreiche Führung der anständigen Angelegenheiten und seine Verdienste um Erhaltung des Friedens ausgesprochen.

Die erbärmliche Liebeliterei der gegenwärtigen Leitenden Kreise Frankreichs vor dem russischen Jaren hat den Pariser Appellat wieder zu einem Urteil verurteilt, das nicht versehen wird, in der ganzen zivilisierten Welt Entrüstung zu erregen. Der Pariser Appellat hat nämlich den Reklamationen des russischen Generalkonsuls Folge gegeben und ein Bündel Papiere, das der russische politische Missionar Sawitsch bei dem Selbstmord entsetzt, vor seinem Tode mit

Brandfälle.

Nach den Papieren eines Postkassentenen.

Als am andern Morgen in der Frühe Konrad mit dem Bruder kam, ließ ihn Sallert sogleich zu sich kommen. Was die beiden mit einander gesprochen, weiß ich nicht, hörte aber dann von Konrad, daß ihn Sallert die Oberleitung seiner Fabrik übertragen und ihn gebeten habe, weder Räte noch Kosten zu scheuen, um die Beweise von Raths Urschuld zu bringen. Der bisher so mürrische und verschlossene Mann zeigte eine merkwürdige Veränderung in seinem Wesen. Er verbandte sich sofort mit Johann. Die Hauskassentenen und Frau Mannan teilten sich in die Pflege der beiden. Mir gegenüber zeigte Sallert ein freundliches Vertrauen, meine Schlichtheit schien ihm angenehm, und auch ich verlebte gerne meine Minuten in der Gesellschaft des alten Mannes.
Son hienum Bericht bei Räte hatte Konrad traurig und niedergeschlagen zurück. Man hatte ihm keinen Einfluß zu seiner Schwärze gewährt.
Da litt mich's nicht länger. Ich wollte versuchen, zu ihr zu dringen, und es gelang mir endlich. Leider aber waren auch meine Bemühungen vergeblich. Das Mädchen blieb stumm, sie wollte und konnte die eine große Frage, von der alles abhängt, nicht beantworten. Mit Schänen in den Augen, gerührt von meiner herzlichen Teilnahme, bot sie mich, nicht weiter in sie zu dringen, sie könnte weder Ja noch Nein sagen.
So mußte denn auch ich unverrichteter Sache von ihr scheiden.
Martha hatte auf meine Bitte Frau Woll zu sich genommen. Ich erinnerte mich, daß ich in W. eine alte, treue, enlsante Bekannte besch, und so kam ich auf den Gedanken,

bei dieser anzufangen, ob sie in ihrem Wohnort keinen Dienst für das Mädchen wisse. Ich schloß mich Entschluß sofort aus und schickte der Verwandten, indem ich ihr zugleich die Ereignisse und Umstände schilderte. Schon nach einigen Tagen erhielt ich von der Dame die Antwort, ich möge ihr das Mädchen schicken, sie wolle es kennen lernen und vielleicht bei sich selbst aufnehmen. Die Räte war eine ziemlich lange, ich begleitete jedoch Martha so weit, daß sie ihr Ziel nicht verfehlen konnte. Kurze Zeit darauf empfing ich von meiner Verwandten einen Brief, in dem sie mir mitteilte, daß sie das Mädchen behalten habe, und Martha nicht genug rühmen könnte wegen ihres lauten und herrschenden Wesens. Auch Martha selbst sandte mir einen rührenden Dankesbrief, daß ich so für sie georgt und sie zu ihrer guten Dame gebracht habe. Sie hatte derselben auch von Johann erzählt und bald nachher kam ein zweiter Brief, worin meine Verwandte mich ersuchte, den Kranken Knab n nach W. zu schicken, sie wolle ihn in der dortigen Klinik unterbringen, wo alles zu seiner Stärkung und Kräftigung geschehen solle.
Mit Freunden wußten wir diesem Wunsch. Konrad brachte seinen Bruder nach W.
Frau R. inberg hatte sich von ihrer Aufregung doch bald erholt. Sie war wieder die Fröhliche, nur zeigten ihre Augen oft den Ausdruck tiefer, heimlicher Angst bei jedem Gedächtnis; bei nobelen Schritten reichte sie zusammen, als erwartete sie etwas Entsetzliches, das nämlich ihr nahe könnte. Gemann war oft vereist und, wie Frau Woll erzählte, trieb die Mutter mit fieberhafter Hoff, daß sich seine Jugendzeit mit der Mütterstöcher bald erheitet würde.
Die Unterbringung gegen Räte nahm inzwischen ihren Fortgang. Da sie selbst die Tat nicht trugerte und auf die behaglichen Fragen wie im zweigebenen Geständnis den Kopf senkte, nahm man dies für eine Verjüngung. Wohl hatten die Beamten des Gerichts Mitleid mit dem schönen, jungen

(Fortsetzung folgt.)

Wagner im Sinne S's auf. Herr Bauerngutsbesitzer und Gemeindevorsteher G. H. aus Bredow glaubt für Herrn K. Mayer eine Anzeige zu müssen, möchte aber mit seiner Verleugung schändlichst zu sein. Interessant war noch das Hoch, welches der Hochherr, Herr Baron v. Bülow, bei Schluß der Versammlung ausbrachte, während bei dem Hoch auf die Sozialdemokratie, welches diesem folgte, der Saal erdrönte.

Haß und Fern.

Winn, 8. Juni. Nach fast zweitägiger Verhandlung endete gestern abend 10 Uhr die Schwurgerichts-Verhandlung gegen vier Frauen, die des Verbrechen wider das keimende Leben angeklagt waren. Die Hauptschuldige war die W. B. Adam Kohl, Marie geb. Wittburg aus Mainz, die das Gembere einer Schwamme betreibt, ferner die neunzehnjährige Kath. Hermann aus Warburg, die zwanzigjährige Elise Schrot aus Kassel und die achtundzwanzigjährige Marie Korrell aus Dreishausen. Die Hauptschuldige leugnet in der Verhandlung alle ihr zur Last gelegten Thatfachen, während die Mädchen geständig sind. Die Geschworenen erkannten sämtliche Schuldigen für überführt, worauf der Gerichtshof die Kohl zu 5 Jahren Zuchthaus, die Korrell zu 1 Jahr, die Schrot zu 9 Monaten und die Hermann zu 4 Monaten Gefängnis verurteilte. Eine weitere Angeklagte, die 37 Jahre alte Ehefrau von Simon Theobald in Berlin, ist zur Zeit erkrankt und wird sich daher erst später vor dem Schwurgericht zu verantworten haben.

Winn, 7. Juni. Auf dem Grischheimer Schießplatz ereignete sich heute wiederum ein Unglücksfall. Ein Soldat des 11. Füsilier-Regiments fand eine Hand gezogene Granate, die in seinen Händen explodierte und ihn daran veranlaßte, daß an seiner Wiedergewinnung gearbeitet wird.

Winn, 8. Juni. Die Ueberschwemmungs-Nachrichten aus der Ostmark, Ost- und Westpreußen laufen fortgesetzt sehr tröstlich. In vielen Orten sind ganze Häuser-

grupp weggeschwemmt oder von Wasser umgeben. Außer dem wüthen noch Hagelstürme. Die Winter-Abteilungen sind nach den bedrückten Punkten abgegangen. Der Landes-ausflug vollzieht Unterfahrungen für die Rostföhenden.

Budapest. (Ungarn in die Zigaretten). Eine Pflanzergesellschaft im hohen Lage der reichen Grundbesitzer Glonczin in der Gemeinde Winkler (Ungarn), will beiseite der Bande den Kautschuk auf seinen Föhden weiterverarbeiten. Die Zigaretten sind nämlich und konnten bisher nicht eingeholt werden.

Triest, 8. Juni. Infolge des falschen Gerüchtes, daß Matreien von zwei griechischen Kriegsschiffen ein Wräcker gerammt entland, wie "Poco" meldet, in Loro ein Kaufmann. Während Rostföhden durchgehen die Strohen und infultierten täglich mehrere griechische Offiziere und Matrosen, sowie dort lebende Griechen. Erst spät in der Nacht gelang es, nachdem 30 Verhaftungen vorgenommen, die Rüge wieder herzustellen.

Briefkasten der Redaktion.

N. N., Rümern. Sehr Kunnert's freiwilliger Austritt aus dem Bunde erfolgte im Jahre 1887. Unmittelbar vor diesem Rücktritt wurde ihm von der zuständigen Berliner Behörde ein glänzendes Zeugnis über seine Geschäftsfähigkeit ausgestellt. Er regenteiligen Schattungen, auch wenn für von höherer Beamten des Kreises ausgehen, beruhen ausschließlich auf Verleumdung und Lüge.

Ständesamtliche Nachrichten.

Halle, 8. Juni.

Aufgebotes: Der Kaufmann Max Gönnewald und Ida Schütz (Schmeißstraße 1 und Stg 14). Der Badischer Theodor Dippel und Henriette Marie (Hagenplatz 1). Der Badischer Hermann Müller und Margarete Schmidt (Wahlweg und Stebenauerstraße 12). Der Schuhmacher Julius Bieler und Sophie Schuler (Waisenstraße 4). Der Maler Oskar Franke und Johanne Hilpert (Meine Klausstraße 4 und Harg 33). Der Fourniermeister Albert Röhms und Friederike Heinicke (Hochstraße).

Schwarz: Dem Handwerker Franz Waage eine L. Emilie Giff (Ludwigstraße 13). Dem Zimmermann Friedrich Brunner ein L. Martha Wasthabe (Wachere Straße 21). Dem Bierbräuer Paul Kowale ein L. Paul Georg Kowale (Stebenauerstraße 19). Dem Schlosser Theodor Hagen eine L. Fried. Anna (Theobaldstraße 52). Dem Bau-

Denen Kaufm. Schelling ein L. Oswald Walter (Wachere-Str. 16). Ein unehelicher S. Geburten: Des Straßers Karl Meise S. Conrad, 6 Mon. (Fried. Reuterstraße 5). Des Kaufmann Ludwig Höpfer S. Georg, 6 J. (Schneidstraße 8). Des Leptesterer Karl Emma S. Margarete, 1 J. (Karlshofstraße 9). Der Buchdruckerführer Reinhold Reisdorfer, 67 J. (Fried. Ulrichstraße 18). Die Witwe Auguste Fohlenberger geb. Meyer, 66 J. (Friedrichstraße 11). Die Witwe Auguste Kummer geb. Reumärker, 72 J. (Wittich). Des Bergmann Auguste Rich S. Emma, 2 J. (Schubergasse 20). Der Topfbinde Paul Walter, 31 J. (am Reichthor 20). Des Handwerkers Otto Geier S. Walter, 1 Mon. (Berntstraße 37). Des Zimmermann Wilhelm Bittel S. Isob. (Friedrichstraße 14). Des Drechslermeisters Karl Müller S. Isob. (Steinweg 33). Der Buchdr. der Paul Schiller, 22 J. (Ranast. 19). Des Handwerkers Lorenz Radmacher S. Isob. (Saulberg 14). Der Schlosser Auguste Erdmann 46 J. (Wittich).

Für die Redaktion verantwortlich: Richard Nage in Halle.

Kleiderstoff-Reste

(von 2 bis 7 Meter)
die sich in der Saison angesammelt haben, verkaufen, um damit zu räumen, **aussergewöhnlich billig.**
Brummer & Benjamin
23 gr. Ulrichstr. 23, part. n. 1. Etage.

Oeffentliche Volks-Versammlung

Sonnabend den 10. Juni 1893 abends 8 Uhr
im Saale des „Inseltschlosschen“ (Naben-Zufel).
Tagungsordnung: 1. Die Mittheilung und die Reichstagswahl. Referent: Genosse Fritz Kunert. 2. Diskussion. Hierzu ist die Bildung freiwilliger Wähler und die des Völkervertrages besonders eingeladen. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.
Der Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei: s. A. Köhler.
Frauen haben Zutritt.

Volksversammlung

Sonntag den 11. Juni 1893 nachm. 3 1/2 Uhr im Gasthof zu Beesen.
Referent: Reichstagskandidat der sozialdemokratischen Partei Gen. Fritz Kunert. Zutritt allen Bürgern der Befehrer, Planener und Ammendorfer Wähler nicht entzogen. Frauen haben Zutritt.
Das Wahlkomitee: s. A. Köhler.

Cönnern.

Sonntag den 11. Juni mittags 1/12 Uhr im Saale des Hrn. Wilke, Gallestraße 24.
Volts-Versammlung.
Tagungsordnung: 1. Unsere Gegner im Wahlkampf. Referent: Genosse Adolph Albrecht, Schneidermeister in Halle a. S. 2. Diskussion. Einem besonders schmerzlichen Bericht über die Wähler nicht entzogen. Das Wahlkomitee der sozialdemokratischen Partei für Halle a. d. Saale. s. A. Köhler. Frauen haben Zutritt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Sonnabend den 10. Juni abends 8 Uhr im Verbandslokal bei Faulmann
Versammlung.
Die Ortsverwaltung.

Frauen- u. Mädchen-Unterstützungsverein

Unser Vergnügen bestehend in **Konzert, Theater und Ball** findet Sonntag den 11. Juni von abends 8 Uhr ab im Glanzreichen Schützenhaus statt, wozu Freunde und Gönner freundlichst einladet. Das Komitee.
Die Karten liegen aus im Geschäft bei Fr. Köhler, Lößel 20; Frau Schuler, Weirgärten 38; Frau Bauer, Stg 3, sowie in der Exped. des „Völkerslats“.

Restaurant zur Ludwigshöhe

Ludwigstraße 20
Herrn Schellenbeck.
von heute ab brüchlichste.

Nähmaschinen aller Systeme, Wäscherollen, Wasch- u. Wringmaschinen, Geld- und Dokumentenschränke und Kassetten, beste Fabrikate, empfiehlt unter fachmännischer mehrjähriger reicher Garantie neben der
F. Lauenroth, Grischtr. 16, Adler-Apothek.
Die sogenannten Berl. Nähmaschinen für 50 Mk. sind bei mir auch zu haben Verkauf von Ersatzteilen und Umrüstungen für Nähmaschinen, wie Weben. Die in Reparaturen an Nähmaschinen werden in eigener Werkstatt auf und fertig ausgeführt.

Nicolaus Pindo Nachf.
Große Ulrichstraße (Kaiserstraße) 1 Trepp.

Bammes Restaurant.
Sonnabend abend
Händchen-Auskehr auf dem Platz mit Unterhaltungsmusik.
Die Sonnabend
Schlachtefest.
3 Natwoll. 20 mittiger 9.

Schumanns Restaurant
Streitbergstr. 1 - Ecke Söcher.
empf. kein Wohlthaten zur gel. Benutzung.
Paul Böttchers Rasier-Salon
Schülershof 17 am Markt
5811 sich von dem besten empfohlen.

Gummi-Wäsche,
mit dauerhafterter Ehirting-Gingale weitaus haltbarer als künstliche.
Kantarens Fabrikate, empfiehlt zu billigen Preisen
53 C. F. Schaaf 53
obere Leipzigerstr.

Särge,
Herr Dager, empfiehlt bei vorfindenden Fällen
J. Grothes Tischlerei
gt. Berlin 1, Ecke Märkerstr.

Soeben erschienen:
Der Pöfikkon Nr. 12.
Preis 10 Pf.
Glücklicher Nr. 93.
Preis 10 Pf.
zu beziehen durch
Die Volksbuchhandlung
Eckstr. 70.
Damen- und Kinderkleider werden gut und sauber angefertigt.
Zobrerstraße 32, 2 Tr. 1.
Obere Lindenwegener Str. 13.

Balhballa-Theater.
Direktion: Richard Hubert.
Durchzug neuer Spielplan!
Die Truppe Franz Bonhart, Brauereigenosse mit herrlichen Soubren und Kopfgehirnen, mit dem hochwürdigem Dr. J. W. Wilhelm Garbes, Schlangenmensch (Contostrophisch) - Herr Karl Kollisch, die singende und tanzende Karicatur - Herr John Zorn, musikalisch - reiner sänger. Die Sätze sind Maragarethe und Martha Bononi, Sings- Duet tanzieren - Fr. Eugen Jocher, Sings-Duett.
Beginn 8 Uhr Ende 11 Uhr.

Concordia-Theater.
Freitag den 9. Juni
Das Räthchen von Heilbronn
oder: Die Feuerprobe.
Unser **Kärköchen** findet Sonnabend den 10. Juni von abends 8 Uhr ab im „Paradies“ statt. Freunde und Gönner sind willkommen.
Der Vorstand.

Verband der Steinseher.
(Sabbeltische Halle).
Sonnabend den 11. Juni nachmittags 4 1/2 Uhr
Versammlung.
Tagungsordnung: 1. Aufnahme von Jungsteinsehern. 2. Besprechung. 3. Bericht über den Vorstand.
Der Vorstand.

Saure Gurken
sich, köstlich, vorzüglich im Geschmack,
Pfeffergurken
ff. Pfaffenmüsch
dick und süß,
Preisseelbeeren
mit und ohne Zucker.
Mit gross und ein Detail billigt.

Roskodens & Comp.
Ecke der Stein- u. Zinggartenstr.

Jul. Ebeling
Tobak- und Zigarren-Handlung
alle Preussische und Grossmann
Schulze und Kravatten,
Spazierstocke,
Zigarrenspitzen, Pfeifen.

Hüte
mit Pommerlmarkt, Hüfen und Schäfte,
Filz-, Strohp- u. Seidenhüte
in größter Auswahl empfiehlt wie bekannt zu billigen Preisen
Joh. Reitzwiesner,
Eckstr. 70.

Kartoffeln
5 Tanni 400
empfiehlt Dr. Zöllner, Ostweg 10 (Ecke) über reiflich
Rosfleisch
H. Köhler, Reilstr. 26.

Schuhwaren.

Mit dem 1. April ist die

alleinige Niederlage unserer Schuhwaren

von grosser Ulrichstrasse 43 nach

Schmeerstrasse 1, Ratskeller-Neubau,

verlegt worden, worauf wir unsere geehrte Kundschaft zur Vermeidung von Verwechslungen ganz besonders aufmerksam machen.

Burger Schuhwarenfabriken mit Dampftrieb.

Conr. Tack & Cie.

Total-Ausverkauf wegen Geschäftsverlegung nach gr. Ulrichstrasse 36.

Um meinen werthen Kunden in den von mir gemieteten neuen Geschäftsräumen nur mit Neuheiten aufzuwarten, habe ich mich entschlossen, das ganze grosse Warenlager, bestehend aus

Hod- und Jackett-Anzügen, Sommer- und Winter-Paletots, Pelerinen-Mänteln, Hohenzollern-Mänteln, Zoppen, Schlafrocken, Burschen-Anzügen, Burschen-Paletots, Knaben-Anzügen, Knaben-Paletots, Hosen und Westen, Fracks, Kellnerjaden, einzelnen Jacketts und Röcken sowie

sämtlichen Arbeiter-Garderoben

zu fabelhaft billigen Preisen auszuverkaufen.

Einen grossen Posten Knaben-Wasch-Anzüge, nur Neuheiten, ganz besonders preiswert.

37 gr. Ulrichstrasse 37,
Goldenes Schiffchen.

S. Meyer.

37 gr. Ulrichstrasse 37,
Goldenes Schiffchen.

Geschäfts-Eröffnung

Wiener Schuhwaren-Bazars

45 große Ulrichstrasse 45,

im früheren Conrad Tack'schen Lokal.

Dem geehrten Publikum von Halle und Umgegend die ergebene Mitteilung, dass mit dem heutigen Tage die Eröffnung stattfindet. Es ist Aufgabe des Bazars, nur dauerhaftes eigenes Fabrikat, alles mit Lederbrandsohlen und Lederlappen, nicht Papppe, zu staunend billigen Preisen zu verkaufen.

Reparaturen werden prompt und sauber ausgeführt.

Wiener Schuhwaren-Bazar

nur große Ulrichstrasse 45,

unter Leitung des früheren Direktors von

Conrad Tack & Cie.

Kleiderpascha's Riesen-Inventurausverkauf

dauert nur noch 8 Tage und alle

Herren- und Knaben-Garderoben

werden 25 bis 33 1/3 Proz. billiger verkauft wie sonst

94 Leipzigerstrasse 94.

Hainichhalle, Beifstrasse 23.

Eingetroffen große Posten

Schuhe, Elsfasser Kattune, Schürzen, Hosenträger, Hemden in allen Größen, Tricotagen, Emaillegeschirre, Borstenbesen, Strümpfe zu sehr billigen Preisen.

Herrsteinfabrikaden
bei Georg Zehring, Steinämmerlein



Rostfleisch!

Diese Woche wieder großschlachtet, darum alle zu
Aug Thurm, Beifstr. 10.

Kamillen

Paul Evers, große Ulrichstrasse 52
kauft
Fleisch-Offerte.
Sonabend und Sonntag
Va. Kind- und Hammelfleisch
für 60-65 Pf. Eternstraße 4.

3. Parische m. g. Handhär. (St. 1. Kontor-
zu erfragen Steinweg 18, 8. Schubert-
Geir. engl. Leder-Jackett für 1 Wfr.
zu verkaufen. Barfische 7, 1 R.
1.36 Zbir. A. v.
Freundl. Wohnung Zeltstr. 5.
Hrtd. Schloß 1. 2. deren m. ob. ohne
Koh zu verm. Landwehrstr. 14, 3. Et. r.
Wohn. 5. 34 u. 24 Zbir. A. v. Schlegelgasse 2.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: Aug. C. R. S., Halle. — Druck der Halle'schen Genossenschafts-Buchdruckerei (G. M. S. S.), Halle.

Dieser 1. Beilage.

Die Spiegelfechterei mit einer Reichseinkommensteuer.

In der „Frankf. Zig.“ finden wir folgenden Artikel, welcher den Wählern die Augen öffnen kann, wenn ihnen jetzt wieder von den Freisinnigen und Rationalliberalen eine Reichseinkommensteuer vorgekautet wird.

Die verhasste Bitte, die das Reichsgesamte in der bekannten Erklärung des „Reichsanzeigers“ ergin ließ, ihm mit neuen Steuervorschlägen zur Deckung des Bedarfs für die Militärvorlage zu Hilfe zu kommen, trägt ihre Früchte. Man hört von völlig ausgearbeiteten Monopolverträgen, die zur gegenseitigen Benutzung vorhanden sind, aber auch von vielerlei anderen Vorschlägen, die — wie z. B. die Witzsteuer, die Champagner- und ähnliche Luxussteuern — kaum einen anderen als einen Bleibehewert besitzen. Ihre Vorkämpfer würden in große Bekantheit geraten, wenn sie den Bedarf des Reiches mit der Bewilligung solcher Vorschläge befriedigen müßten, da alle diese Projekte unvollkommen sind und nicht im Stande wären. Es kann nur gefunden sein, wenn im jetzigen Volkstemp immer wieder dafür getornt wird, daß die ebenen Vorzüge und die höchsten Verordnungen mit kritischer Rührung auf ihren zerronnenen Wert zurückgeführt werden, da absonderlich gar nicht, daß den Anhängern des Antrags heute nichts anderes übrig bleiben würde, als der noch im Hirtentum gehaltenen Finanzverwaltung gegen die über die Verteilung der neuen Steuern auf den Einzelstaaten zu stimmen. Hieran anhebt auch das von Herrn v. Gumboldt Meyer wieder aufgeworfene Projekt einer Reichseinkommensteuer nicht. Der Vorschlag ist bekanntlich nicht neu. Aber eben weil er nicht neu ist, löst sich nur schwer begriffen, wieso einzelne Wähler zu der Ansicht gelangen, als läge hier ein gangbarer Weg zur Bewältigung der geforderten Lasten auf die tragfähigen Schultern vor. Ein solcher Irrtum löst sich nur erklären aus der schwülzigen Verwirrung der Gegenwart oder aus der Unterschätzung der realen Machtverhältnisse, wenn man nicht annehmen will, es handele sich dabei um lediglich agitatorische Ziele.

Die Reichseinkommensteuer, über deren Wert wir uns schon ausgesprochen haben, spielte 1887 in der Volksagitation eine noch größere Rolle als heute. Damals schon war man auf freisinniger Seite mit Nicht und Meinur, daß der Reichtum übermäßig belastet und deshalb die Abwälzung des neuen Bedarfs auf die Wohlhabenden eine unabweisbare Notwendigkeit sei. Man glaubte sich veranlaßt, hierzu auch prettliche Vorschläge zu machen und brachte deshalb die Einführung von 6000 Mark auf in Anrechnung, wobei man erklärte, daß man an dieser Vermögensgrenze nicht unbedingt festhalte. Wie heute, so bemühte auch damals die nationalliberale Presse das Projekt, um den Wählern zu sagen, sie könnten ohne wirtschaftliche Bedenken dem Experiment zustimmen, da ja die Prüfung nur die bisherigen Klassen treffen würde. Es ist deshalb sehr nützlich, wenn man sich den Verlauf der Angelegenheit wieder einmal altermäßig vergegenwärtigt.

Die Reichsversammlung feiert die Einführung dieser Steuern nicht entgegen, wenn auch das Reich keinen Bedarf dieser aus den indirekten Abgaben und den Materialbeiträgen deckt. Artikel 4 der Verfassung unterscheidet die Besteuerung des Reiches, die Zoll- und Handelsabgaben und die für die Zwecke des Reiches zu verwendenden Steuern, nachdem die ursprüngliche Bestimmung auf indirekte Steuern infolge eines Antrags der Abg. Dr. Bismarck und Bismarck 1867 geänderten worden war. Im Oktober 1874 war in Beziehung auf einen Antrag abgelehnt worden, dessen Zweck die Bildung einer „Eigigen zur Bewilligung der Idee einer Reichseinkommensteuer“ war. An diesem Vorprojekt nahmen auch Nationalliberaler und Konservativer teil; er nahm eine Resolution an, in der er ausdrukt, „er erkenne als richtiges Ziel der Steuerreform im Reich die Erhebung der Materialbeiträge durch eine allgemeine Einkommen- oder Verbrauchssteuer an, welche derartig mit Zöllen und Verbrauchssteuern in einem System zu verbinden sei, daß jeder Deutsche möglichst noch Maßgabe seiner wirtschaftlichen Fähigkeit zu den Kosten des Deutschen Reiches herangezogen werde.“ Es war aber ein böses Geschick, daß die „Eigigen“ nicht im Stande waren, das gegen ein Teil der Erhebungsprojekte wenige Jahre später der folgen schwereren Wahrung unserer Wirtschaftspolitik zustimmen, die uns statt einer gerechten Verteilung der Steuerlast eine nachhaltige und einschneidende Verschärfung der indirekten Besteuerung brachte. Erwähnt zu werden verdient, daß sich auch Adolf Wagner, sowie der Freiherr v. Thünen neben dem stürzlich verstorbenen Schöps und seinem Freunde Wolf unter den Unterstützern fanden.

Nach Zusammentritt des 1887er Reichstags brachten die Freisinnigen eine Resolution zu gunsten der Reichseinkommensteuer ein. Diese Resolution kam unmittelbar nach Bewilligung der Militärvorlage zur Beratung, nachdem sie schon in der Generaldebatte zum Gut mehrfach in obliehendem Sinne geäußert worden war. Seitens der Freisinnigen traten als Redner Richter, v. Gumboldt Meyer, v. Bismarck und Wolf auf, also lauter Abgeordnete, die heute zur Session zählen. Auch die übrigen Redner stehen noch im öffentlichen Leben; zwei davon sind sogar in entscheidender Stellung und unter dem Namen des Vizepräsidenten der Reichsregierung in den jetzigen Reichstag eingetreten. Man muß also annehmen, daß der damalige Stellungnahme der Parteien eine entscheidende Bedeutung für die Bewilligung der heutigen Zusätze einer Reichseinkommensteuer zukommt. Schon bei der Erörterung dieser der jähige Reichsfinanzminister, der damalige Abg. v. Wolffersdorff, sprach seine Bedenken. Er erklärte in der Steuer eine Bekämpfung der Einzelstaaten und eine Verwertung ihrer Wirtschaft, eine direkte, unquamene Belastung des einzelnen Steuerzahlers, auch wies er auf die Schwierigkeit der Erhebung und Veranlagung hin. Hierauf

folgend erklärte spät Herr v. Gumboldt, daß „mindestens die Unausführbarkeit“ des freisinnigen Gedankens so klar liege, daß eine erste Unterabteilung darüber in der Tat schwer ist. Ebenso abweisend äußerte sich der freisinnigste Redner und Herr v. Gumboldt, der damals noch im Rahmen des Vertrauens sprach. Das Zentrum hatte sich überhaupt von Anfang an gegen die Reichseinkommensteuer erklärt, weil es das durch sie bedingte Eingreifen des Reiches in die Rechte der Einzelstaaten verabsäen wollte.

Am überaus schärfsten war die Stellungnahme der Rationalliberalen, deren Bänke während der Wahlbewegung mit der Steuer vielfach getödelagt hatte. Sie sandte ihren gewandtesten Redner vor, dessen finanzielle Begabung ohnehin bekannt war und in der Folge noch mehr in Erscheinung trat. Er tabelte zunächst, daß die Resolution aller Bundesländer der Besteuerung in Deutschland entgegen für einen bestimmten Ausgabebetrag eine bestimmte Steuer einführen wollte und meinte jedoch, die direkte Besteuerung der größeren Vermögens löse sich leichter innerhalb der Einzelstaaten als innerhalb des Reiches durchführen, ein Gebanke, der inzwischen ja für Preußen verwirklicht ist und dessen Verwirklichung für Württemberg ernstlich geplant wird. Auf die bestehenden Einkommensteuern eine Reichseinkommensteuer zu prüfen, sei unthunlich; wenn die Einzelstaaten alle Formen der unmittelbaren Besteuerung des Einkommens an das Reich übertragen wollten, sei er noch wie vor für die Steuer. Aber daran sei freilich gar nicht zu denken. Die Steuer sei auch unthunlich, weil ihr die Einzelstaaten den allergrößten Widerstand entgegenzusetzen würden. Wie sollte man die Zustimmung des Bundesrats erlangen? Der Widerstand der Einzelstaaten habe sehr tief innere Begründung. Man wisse zu erstehen, daß, so lange das jähige direkte Besteuerungssystem in den Einzelstaaten besteht, es zu den allergrößten Schwierigkeiten und Verwirrungen führen müsse, darauf noch eine Reichseinkommensteuer zu prüfen.

Der Redner, sonst ein Reichspostel mit flammendem Schwert“, der auch des unrichtigen Standpunktes der Nationalliberalen so warm für die Einzelstaaten und so kühnig gegen die Reichseinkommensteuer aufgetreten war, ist Herr v. Wolffersdorff, Finanzminister des größten Bundesstaates. Man vergewaltige man sich kurz die Resultate der 1887er Verhandlung! Alle Parteien mit Ausnahme des Freisinn und der Sozialdemokratie sprachen gegen die Reichseinkommensteuer, unter deren Widerständern die jetzigen Leiter der Finanzen im Reich und in Preußen voranstanden. Die öffentliche Presse machte gleichzeitig verfassungsmäßige Bedenken geltend. Mit welchen Schwierigkeiten soll man hiernach dem erneuten Aufstehen des Projektes begegnen? Würde der Erfolg anders sein als 1887, wenn sich auch inzwischen mancherlei verändert hat? Wir glauben es nicht, wir können auch nicht glauben, daß man heute an den entscheidenden Stellen anders über die Reichseinkommensteuer denkt, als damals. Den Beleg dafür finden wir in einem inspirierten Artikel des „Hamburger Korrespondenz“, in dem der Vorschlag „fortschrittlicher“ Steuern aufsteht und zugleich der Hinweis wiederholt wird, den Herr v. Wolffersdorff schon 1887 geäußert, daß nämlich in Deutschland zwei Milliarden für Wein, Bier, Schnaps und Tabak ausgegeben würden. „Wenn es gelänge — so schlägt der sehr zu beachtende Artikel — Mittel und Wege zu finden, diese Ersparnisse in gewissen gleichmäßig gebotenen Schenkungen zu halten und dabei gleichzeitig die Erträge der Verbrauchssteuern zu vermehren, so würde eine noch verheißenern Richtungen hin erfreuliche und erwünschte Reform verwirklicht werden.“

1 Mark 1 Pfennig

Soll nach den regierungstreuenlichen Rechnungskünstlern die neue Militärvorlage jedem Wähler kosten. Die Rechnungsmesser haben sich die Aufgabe sehr leicht gemacht. Da die Militärvorlage vierundsechzig Millionen jährlich erfordert, so würde diese Summe, auf rund fünfzig Millionen Köpfe verteilt, je 1 Mark 1 Pfennig ausmachen. Inzwischen liegt — so berichtet die Berliner „Volkszeitung“ — das Rechnungsmesser gerichtet so gleich, denn ersteres Steuern nicht Säuglinge und verheiratete Frauen nicht selbständig, sondern der Familienunterstützung für sie aufkommen. Genüßlich rechnet man die Familie zu fünf Köpfen; es würden also auf jeden Familienunterstützung mehr als sechs Mark entfallen, — wenn keine Rückzahlungen diese Summe um minderten verminderten. Die unwirtschaftlichen Ausgaben der Steuern sind die indirekten Steuern, denn sie erheben sich an dem Beamten zur Kontrolle, Einweisung, Verzehrung u. s. w., zweitens hat auch die geringste indirekte Steuer die Tendenz, den Marktpreis des besetzten Gegenstandes erheblich zu verteuern, so sogar zu verdoppeln. Der Produzent ist gezwungen, nicht bloß den Betrag der Steuer, sondern auch die Zinsen dieses Betrages, den er bar erlegen muß, auf den Verkaufspreis aufzuschlagen, und sich außerdem auch noch für den verminderten Konsum schadlos zu halten. Diefelbe Manipulation muß auch jeder Verkäufersvermittler zwischen dem Produzenten und Konsumenten vornehmen, und zwar mit Recht, denn durch seine Mitwirkung erhalten erst die Erzeugnisse einen Marktwert, indem er sie dem Konsumenten zuführt. In welcher erheblicher Weise eine so sich geringe Steuer oder ein Einbuß an den Marktpreis erhöht, haben die Hamburger an ihrem Beispiel erfahren, seitdem sie in das deutsche Goldgebiet einverleibt worden sind. Früher zahlten sie beispielsweise für ein Pfund Kaffee 80–90 Pf. Nachdem noch ein Zollzuschlag von einigen Pfennigen pro Pfund hinzugekommen ist, zahlen sie für das Pfund bereits 1.20–1.80 M. Die paar Pfennige haben den Marktpreis verdoppelt. Wenn das also schon für den Kaffee, das die Handel für die Militärvorlage nicht bloß 1 Mark 1 Pfennig, sondern sofern sie Familienunterstützung sind, 10–15 M., oder 15 bis 20 M., an fort-

dauernden Ausgaben zu zahlen haben werden. Indirekte Steuern betragen ein Volk mehr, als sie dem Staatseinkommen nützen. Selbst über die verheerenden demoralisierenden Wirkungen der Börsensteuer hat man sich in Regierungskreisen nicht klar geworden zu sein. Von der Bran- und Branweinsteuer wollen wir gänzlich absehen, da wir unseren Standpunkt zu diesen Steuerprojekten schon oft genug gekennzeichnet haben. Wegen derselben finden sich auch außerhalb der freisinnigen Kreise, wenn sie es auch nicht wagen, offen mit ihrer Meinung hervorzutreten. Die Börsensteuer dagegen läßt man für gerechtfertigt anerkennen, weil sie die Börsenjobber und die wohlhabenden Klassen trifft. Würde dem so, dann gäbe es keine gerechtere Steuer, allein sie laßt nicht auf den genannten wohlhabenden Leuten, denn je mehr der Verkehr auf dem Fondsmarkt erschwert wird, desto zurückhaltender wird das flüssige Kapital. Es sucht produktivere Anlagen, es wendet sich dem Gewerbe von Grund und Boden zu und treibt dadurch die Bodenpreise zu einer schwindelnden Höhe, wie wir es in Berlin schaudernd erleben, weil die Nachfrage größer ist, als das Angebot an bebauungsfähigen Grundstücken. Dadurch werden auch die Mieten rasch schnell gestiegen. Haben unsere Handwerker schon schwer genug an dem Schwindel der letzten Jahre gelitten, so würden sie bei einer Erhöhung der Börsensteuer noch schwerer zu leiden haben. Was für Berlin gilt, gilt auch für die Provinzialstädte. Will man die Reichsrenten, so ist das beste Mittel hierzu die Bekämpfung der großen Einkommen. Doch die Konventionen Steuer und Flamm für die Börsensteuer sind, hat denselben Grund, wie die Schwärmer für die Doppeldeckung. Die Erhebung der Kapitalsteuer in Staats- und Industriepapieren würde den Zinsfuß für Hypotheken ebenfalls bedeutend herabdrücken, wie die Bekämpfung unteres Mühsystem. Von welcher Seite immer man die Militärvorlage, und die Deutung derselben betrachtet, die über 284 Millionen fortlaufenden Ausgaben noch 165 Millionen einmalige Ausgaben erfordert, so kommt man stets zu dem Ergebnis, daß die Militärvorlage eine Verarmung des deutschen Volkes um 100 bis 150 Millionen Mark jährlich bedeutet, ohne Einrechnung der einmaligen Ausgaben.

Darum, Wähler, seid wachsam am 15. Juni! Keine Militärvorlage, keine neuen, indirekten Steuern, nicht einmal die Börsensteuer!

Aus Stadt und Land.

Öffentliche Versammlung der Impfungsgegner. Das von der städtischen Verwaltung am Mittwoch gewählte Bureau bestand aus Mitgliedern des Sozialdemokraten. Ein ausständiges Referat des Genossen Hofmeister vertrat den Standpunkt der Impfungsgegner und der Vorkämpfer der Naturheiltherapie. In der Diskussion meldete sich kein Gegner aus einer anderen wissenschaftlichen Richtung zum Wort. Auf Anfrage erklärte der Vorkämpfer, Genosse Fritsch, daß er die Wählung der Impfungsgegner für den Fall seiner Wiederwahl in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Sprache bringen werde. Ferner beantwortete er nach einer Begründung die nachstehenden, an ihn gerichteten Fragen in bejahendem Sinne: Sind Sie gewillt, 1. im Reichstage einen Initiativentwurf auf Ablegung des vollständigen Impfungsgesetzes zu unterstützen, sowie 2. gegen den bekannten Entwurf eines Reichseinkommengesetzes zu stimmen? — Nachdem festgestellt war, daß die Kartellkandidaten, die Herren Klimm und Meyer, öffentlich eingeladen, aber nicht in der Versammlung erschienen waren, wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, am 15. Juni, dem Tage der Erwählung, mit aller Energie für den Reichstagskandidaten der Sozialdemokratie in Halle und dem Sozialisten, dem Schriftsteller Fritsch Kunert zu Friedrichshagen bei Berlin, geschlossen einzutreten. — Mit einem dreifachen Hoch auf die freigelegte deutsche Sozialdemokratie wurde die Versammlung, die von 9 bis 12 Uhr tagte, geschlossen.

Wetzlar. Die am Mittwoch den 7. Juni im Schützenhause tagende öffentliche Volksversammlung erfreute sich einer recht zahlreichen Beteiligung und war der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt. Neben Reichstagskandidat Genosse D. Mittag aus Wetzlar war auch in schlagender Weise nach, wie ungeheuer schwer die eine Bevölkerung wieder befestigt wird, wenn die von der Regierung geplante Militärvorlage in dem neuen Reichstag durchkommen sollte. Aufgabes indes muß es nun sein, dies mit aller Macht zu verhindern, und die Massen darüber aufzuklären. Dann wird es uns ein Licht sein, am 15. Juni, dem Tage der Wahl, mit dem Stimmzettel ein Datum abzugeben, daß der Regierung Hören und Sehen verweigert. Ferner wird er noch mit welcher Unerschrockenheit die Gegner in ihren Blättern ein ein auszuwickeln suchen, um auf den Stimmenfang zu sehen. Und kein hat sich der Wetzlarer „Correspondenz“ wieder besonders hervorgetan. Wir haben von den Anreizen die Unterstützung, daß sie auf diesen Punkt nicht eingehen. Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wurde die Versammlung um 11 1/2 Uhr geschlossen.

Sonntags den 4. Juni wurde in Rodtitz sowie abends in Eismarkt je eine freisinnige Volksversammlung abgehalten. Referent war Dr. Max Fritsch Berlin. Diefelbe erstattete Bericht über seine Reichstagskandidatur. In der Diskussion meldete sich Genosse Sch. zum Wort. Diefelbe schätzte, wie der Berührungspunkt in der Landwirtschaft immer mehr um sich greife, wodurch der kleine Landwirt verdrängt werde und schließlich zum Tagelöhner heruntersinken, von den Getreidezöllen habe der Großgrundbesitzer Vorteile, wogegen der kleine Landwirt sehr häufig noch Getreide zu seinem eignen Bedarfs zu kaufen habe. Die Wahlbevölkerung habe das größte Interesse daran, einen Mann aus dem Volke zu wählen, welcher mit den Beiden befehle

